

Steuer- und Verteilungskonzepte von RechtspopulistInnen und der halbstarke Staat

Silke Ötsch

<http://silke-oetsch.net/>

Workshop der Berliner Gazette | 27.-29.10.2016 | Volksbühne Berlin

Working Paper
Stand: 8.11.2016

Abstract

Der Beitrag untersucht Steuer- und Verteilungskonzepte rechtspopulistischer Parteien um herauszufinden, was diese für verschiedene Gruppen und die Gesellschaft bedeuten. Exemplarisch habe ich die Wahlprogramme und themenbezogene Positionspapiere der deutschen AfD, der österreichischen FPÖ, der französischen Front National und der britischen UKIP untersucht.

Ich beschäftige mich zunächst mit Steuer- und Verteilungspolitik im Bezug auf Entwicklungsländer. Ausgehend von der Aussage, rechtspopulistische Parteien seien gegen Einwanderung aber für die Verbesserung von Lebensbedingungen in Herkunftsländern von Migration, untersuche ich zunächst die Haltung der Parteien zu Steueroasen und darüber abgewickelte Finanztransfers und zu Entwicklungspolitik. In einem zweiten Schritt analysiere ich die Verteilungskonzepte zwischen und innerhalb von Gesellschaften. Drittens gehe ich a) auf die Vorstellungen zu Märkten und Wirtschaftsbeziehungen ein und b) auf Konzepte zur Rolle des Staates.

Dabei zeigt sich, dass Aussagen der rechtspopulistischen Parteien zur Verbesserung der Situation der Herkunftsstaaten wenig glaubwürdig sind und unterlassene Hilfe mit dem Verweis auf Selbstheilungskräfte und Selbstorganisation von Märkten ausbleibt. rechtspopulistische Parteien klammern Ungleichheit auch innerhalb von Gesellschaften als Problem aus und wollen Gelder vor allem zwischen unteren und mittleren Schichten neu verteilen, größtenteils zugunsten von Vermögenden und Unternehmen (AfD, FPÖ, UKIP), bzw. nennen sie Maßnahmen, deren Gegenfinanzierung sie nicht schlüssig darlegen können (FN). Die Analyse der Vorstellungen der Rolle von Märkten und des Staates zeigt, dass RechtspopulistInnen zwar vom 'starken Staat' sprechen, aber einen 'halbstarken Staat' meinen, der WirtschaftsakteurInnen gewähren lässt und Schwache ausgrenzt. Die unabgestimmt und chaotisch wirkenden Forderung, die zugleich die Ausweitung von Märkten wie Protektionismus fordern sind nicht rein irrational, sondern folgen einer kurzfristig plausiblen wirtschaftlichen Logik des nationalen wirtschaftlichen Vorteils und der sozialen Schließung – im Gegensatz zu Wirtschaftspolitiken, die auf Koordination, Solidarität und langfristig tragfähige Lösungen setzen.

RechtspopulistInnen geben sich als Stimme des Volkes und der kleinen Leute aus, oder als diejenigen, deren Politik Menschen in Entwicklungsländern letztendlich hilft. In diesem Paper untersuche ich Konzepte rechtspopulistischer Parteien zu Steuern und Verteilung auf die Glaubwürdigkeit dieses Images. Ausgehend von der Positionierung zu Steueroasen und Entwicklungspolitik komme ich zu Vorstellungen von Verteilung zwischen und innerhalb von Gesellschaften und analysiere schließlich die Ideen zur Rolle von Märkten und des Staates. Exemplarisch habe ich die Parteiprogramme und themenbezogene Positionspapiere der Parteien *Alternative für Deutschland (AfD)*, der französischen *Front National (FN)*, der britischen Unabhängigkeitspartei (*UKIP*) und der österreichischen *Freiheitlichen Partei (FPÖ)* untersucht. Das Sample umfasst a) mit der AfD eine Partei aus einer Volkswirtschaft mit Außenbilanzüberschüssen, die derzeit als vergleichbar positiver Fall wirtschaftlicher Entwicklung wahrgenommen wird; b) die FN als Partei einer Volkswirtschaft mit Außenhandelsbilanzdefiziten, die als absteigend wahrgenommen wird; c) die UKIP als Partei in einem Staat mit einer finanzierten Ökonomie und d) die FPÖ aufgrund der aktuellen politischen Relevanz (Bundespräsidentenwahlen in Österreich im Dezember 2016 und derzeit stärkste Partei). Aus Zeitgründen beschränke ich mich vorerst auf diese Parteien: Eine Ausweitung der Analyse auf weitere rechtspopulistische Parteien ist sicherlich sinnvoll. Als Ausgangspunkt beschränke ich mich hier auf Parteiprogramme und zentrale Dokumente und ziehe nur fragmentarisch Quellen wie Interviews oder Informationen zum Abstimmungsverhalten und der politischen Praxis hinzu. Die Ausweitung auf derartige Quellen kann für weitere Auseinandersetzungen hilfreich sein. Ich habe Literatur gewählt, die als Parteiprogramm oder Positionspapier möglichst repräsentativ ist und prominent auf den Webseiten der Parteien zu finden ist. Die Aussagen werden jedoch nicht von allen RepräsentantInnen der Parteien geteilt, bzw. scheinen die internen Abstimmungsprozesse in den Parteien nicht so weit, dass sie in allen Fällen als Parteilinie vertreten werden. Zudem unterscheidet sich das Abstimmungsverhalten und die politische Praxis in vielen Fällen vom Parteiprogramm, weshalb eine vertiefende Untersuchung sinnvoll sein kann.

1. Finanztransfers aus Entwicklungsländern in Steueroasen und Positionen rechtspopulistischer Parteien zu Steuerflucht und -vermeidung

Einwanderung sollte begrenzt und stattdessen die Lebensbedingungen in Herkunftsländern von Flüchtlingen und MigrantInnen verbessert werden – so ein Standardargument von RechtspopulistInnen. Wie glaubwürdig ist diese Aussage? Steueroasen sind eine Institutionen, über die Entwicklungsländer schätzungsweise 280 Milliarden US-Dollar pro Jahr verlieren, was die Ausgaben der OECD-Staaten für Entwicklungshilfe in Höhe von 125 Milliarden US-Dollar (2011) um mehr als das Doppelte übertrifft (Herkenrath/Longchamp/Missbach 2012: 15). Die Steuerflucht und -vermeidungsindustrie ist größtenteils in reichen Ländern ansässig und verdient gut an den Geschäften. International tätige Banken, die ‘großen Vier’ Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwaltsfirmen und VermögensmanagerInnen wickeln die Transaktionen ab. Die größten Steueroasen der Welt sind laut Schattenfinanzindex des Netzwerks Steuergerechtigkeit reiche Staaten, überwiegend des globalen Nordens¹ (TJN 2015). Multinationale Unternehmen und reiche Privatpersonen nutzen Steueroasen besonders intensiv (mehr s. Ötsch/Schmidt 2016; Ötsch 2016b). Während die Steuerquoten² der OECD-Länder bei durchschnittlich 34 % liegen (Zahlen für 2012 nach OECD 2016), sind die Steuerquoten der am wenigsten entwickelten Länder seit den 1980er-Jahren sogar gesunken und bewegen sich zwischen nur 10-15 % (IWF 2011). Eine Steigerung der Quote wird aber als Voraussetzung von Entwicklung gesehen (Bird 2012:7; Corbacho/Ciblis/Lora 2013: 4; Carter/Cebreiro 2011). In Entwicklungsländern fehlen Gelder für Entwicklung und Maßnahmen zum Schutz gegen Umweltveränderungen, was die soziale, ökonomische und politische Situation der Länder destabilisiert und Flucht und Migration begünstigt. Wenn Rechtspopulisten glaubwürdig die Lebensbedingungen in Herkunftsländern verbessern wollen, müssten sie sich für die Eingrenzung von Steueroasen einsetzen oder ähnliche Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in Entwicklungsländern unterbreiten.

Die FN, der UKIP und der FPÖ kritisieren in puncto Steueroasen, Steuerflucht und Steuervermeidung insbesondere, dass lokale Unternehmen durch Steuerpraktiken gegenüber multinationalen Firmen benachteiligt sind und beziehen sich auf Verluste des nationalen Steueraufkommens. Die Parteien mahnen die Einhaltung der Steuergesetze ein und wollen die Ausnutzung

1 Die Top Ten sind die Schweiz, Hongkong, die USA, Singapur, die Kaimaninseln, Luxemburg, der Libanon, Deutschland, Bahrain und Dubai (TJN 2015).

2 Die Steuerquote misst die gesamten Steuereinnahmen im Verhältnis zum BIP.

von Schlupflöchern unterbinden. Ausführungen zu Steueroasen sind allerdings wenig präzise. Die FN plant, Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen zu kündigen, führt aber nicht aus, wie diese Maßnahme umgesetzt werden soll. Sie greift keine weiteren Maßnahmen auf, die derzeit im Rahmen internationaler Regulierungsprozesse diskutiert werden, wie beispielsweise Forderungen nach Transparenz oder eine länderbezogene Rechnungslegung multinationaler Unternehmen. Die Partei beschränkt sich neben wenig systematischen Detailforderungen und Kritik an Steuervermeidung von Unternehmen, am Umsatzsteuer- und Sozialbetrug auf die generelle Aussage, Steuerlücken, die nicht zum Wachstum beitragen, sollen geschlossen oder modifiziert werden. Die Betrugsbekämpfung rückt im Hinblick auf den nationalen Haushalt und die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen in den Fokus; die Parteien beziehen sich weniger auf Verteilungsfragen zwischen Kapital und Arbeit. Die FPÖ fordert in ihrem ‘Steuer- und Entlastungsmodell’ Maßnahmen gegen Steuerflucht und -vermeidung von Unternehmen und Privatpersonen. Nach amerikanischem Vorbild sollen Privatpersonen mit Wohnsitz im Ausland Steuerdifferenz zu Österreich versteuern, oder – falls sie sich weigern – die Staatsangehörigkeit zurückgeben (FPÖ 2015: 7/8), und steuerliche Angaben von Unternehmen sollen dahingehend geprüft werden, ob die Steuerkonstruktionen substantiell sinnvoll sind (FPÖ 2015: 28) oder nur wegen des Steuervorteils vorgenommen werden. Zudem sollen laut Papier Steuerprivilegien von Privatstiftungen gestrichen werden (FPÖ 2015: 31). Die FPÖ fordert außerdem eine “Austrocknung der Steueroasen in Europa und im Rest der Welt durch nationale und internationale Maßnahmen!” und nennt “Luxemburg, Irland, Kanalinseln Jersey und Guernsey, Isle of Man, Gibraltar, Monaco, Andorra etc.” (FPÖ 2015: 28). Die Partei geht aber nicht darauf ein, dass Österreich v.a. durch das Bankgeheimnis jahrzehntlang eine Steueroase für ausländische Steuerflüchtige war. Die FPÖ hat als letzte Partei das Bankgeheimnis verteidigt, das reichen Personen zugute kommt und Arme stärker belastet, und sich vehement gegen internationale Kooperation gesperrt (Ötsch 2016a). Steuerflucht scheint für die FPÖ als nur dann problematisch, wenn Steuergelder ins Ausland transferiert werden. Letzteres soll verhindert werden.

Im Gegensatz zur FN und der FPÖ sprechen sich die UKIP und die AfD sogar für die Rücknahme von Regulierung aus und vermeiden den Begriff *Steueroase / tax haven* o.ä.. Die UKIP kritisiert zwar die Steuervermeidung multinationaler Konzerne und schreibt, Firmen sollten dort Steuern bezahlen, wo sie Gewinne erwirtschaften (UKIP 2016c: 4). Sie kritisiert jedoch gleichzeitig die Regulierung der Londoner City durch europäische Richtlinien (2016b: 18),

wobei Londons Finanzindustrie eng mit Steueroasen der abhängigen Gebiete wie den Kanarischen Inseln, britischen Überseegebieten wie den Kaimaninseln und Steueroasen mit historisch gewachsenen Geschäftsverbindungen wie Hong Kong oder Singapur zusammenarbeitet (Shaxson 2011: 15) und Steuerdienstleistungen über London abwickelt.

Die AfD ist für die Wiedereinführung von Möglichkeiten zur Steuerflucht und -vermeidung: sie fordert die Wiederherstellung des Bank- und des Steuergeheimnisses (AfD 2016: 75). Letztere ermöglichen es u.a. Schwarzgelder aus unternehmerischer Arbeit und aus Kapitalerträgen zu verbergen, ebenso wie Finanzflüsse in Verbindung mit organisiertem Verbrechen. Die AfD äußert sich kritisch zum internationalen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten, etwa im Fall der Institutionen des *FATCA* und des *SWIFT* (AfD 2016: 75). Wenn die AfD davon spricht, BürgerInnen als potenzielle 'gläserne Untertanen' beschützen zu wollen indem sie Maßnahmen zur Steuererhebung zurücknehmen will, ist das wenig glaubwürdig. An anderer Stelle fordert die Partei die Einschränkung des 'unverhältnismäßig bürokratisierten' Datenschutzes; Sicherheitsbehörden sollen einfacher auf Daten zugreifen können (AfD 2016: 27).

Steuerflucht aus Entwicklungsländern in Steueroasen des Nordens wird also von keiner der Parteien thematisiert. Sie treten weder für Maßnahmen ein, die Transfers aus armen Staaten in Steueroasen transparent machen oder unterbinden, noch setzen sie sich für eine Rückerstattung von Mitteln ein. Sie beschäftigen sich nicht mit den Praktiken der Steuerfluchtindustrie, die auch im eigenen Land angesiedelt ist. Außerdem blenden sie die Umverteilung von unten nach oben aus, die innerhalb von Gesellschaften über Steueroasen stattfindet.

Übersicht: Positionen der Parteien zu Steueroasen, Steuerflucht und Steuervermeidung

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme von Maßnahmen gegen Steuerflucht und -vermeidung von Deutschen (Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses) . • Kritik an internationalem Datenaustausch / Datenerhebung in Steuerangelegenheiten und von Banktransfers (FATCA und SWIFT). 	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen mit Steueroasen. Ansonsten keine Angaben zum Umgang mit Steueroasen. • Generelle Kritik an 'niches fiscales et sociales' und Steuervermeidung multinationaler Unternehmen. • Steuerlücken, die nicht zum Wachstum beitragen, sollen geschlossen oder modifiziert wer- 	<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme von Regulierung: "...free the city from endless Brussels-imposed red tape." • Kritik an steuerlicher Ungleichbehandlung (durch Steuerflucht und -vermeidung) von lokalen und multinationalen Unternehmen. Firmen sollen Steuern zahlen, wo sie Gewinne erwirtschaften. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für Bekämpfung von Steueroasen, Steuerflucht und Steuervermeidung durch nationale und internationale Maßnahmen. • Kritik an steuerlicher Ungleichbehandlung (durch Steuerflucht und -vermeidung) von lokalen und multinationalen Unternehmen. • Maßstab: Ergibt die (Unternehmens)Konstruktionen einen Sinn

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
	den. • Fokus auf Niche Copé (Unternehmensschlupfloch), Sozialbetrug und Umsatzsteuerbetrug.		ohne Steuervorteil? • Privatpersonen mit Wohnsitz im Ausland versteuern Steuerdifferenz zu AT nach oder geben Staatsangehörigkeit zurück. • Abfluss von Steuergeldern ins Ausland verhindern. • Steueroasen sind die anderen. Kein Verweis auf Österreichs Rolle als Steueroase (v.a. Bankgeheimnis).

2. Eigenverantwortung und Unternehmergeist statt Entwicklungshilfe

Wenn die untersuchten rechtspopulistischen Parteien das Problem der Milliarden-Transfers aus armen Ländern in Steueroasen des Nordens nicht anschneiden, könnte es sein, dass sie andere Methoden haben, um die Situation in Herkunftsländern von Migration zu verbessern. Was sagen die Programme zur Entwicklung armer Länder? Die AfD und die FPÖ konzentrieren sich auf ‘Hilfe zur Selbsthilfe’ in ‘Freiheit und Verantwortung’ (FPÖ 2011: 16), auf ‘Unternehmer vor Ort’, die u.a. wegen der ‘Begrenztheit der Mittel’ zum Zuge kommen sollen (AfD 2016: 33). Die AfD und die FN wollen Entwicklungshilfe außerdem stärker mit außenpolitischen, bzw. geostrategischen Zielen verknüpfen und an Außenpolitik anbinden, anstatt Entwicklungshilfe-Organisationen damit zu beauftragen. Die FN setzt auf die direkte Interaktion mit Regierungen aus Herkunftsländern von Migration (FN 2012: 13), Hilfe bei Umweltproblemen, wenn diese Flucht und Migration auslösen (FN 2012: 31) und die Reindustrialisierung und Entwicklung der überseeischen französischen Gebiete. Entscheidend seien außerdem die Sicherung des französischen Einflusses in Afrika und Asien gegenüber stärker handlungsfähigen Mächten der Schwellenländer (China, Brasilien, Indien und Russland), inklusive der Sicherung von Ressourcen (FN 2012: 51). Die UKIP bemerkt in Kürze, dass Ausgaben für Entwicklungshilfe zu hoch seien und größtenteils verschwendet werden; Projekte für Briten hätten Vorrang (UKIP 2016a: 3). MigrantInnen sollten gezielt aufgenommen werden, wenn deren Fähigkeiten für die heimische Wirtschaft nützlich seien – eine Position, die auch die AfD teilt (AfD 2016: 62; UKIP 2016b).

Aus dem Rahmen fällt die AfD mit der Aussage, “Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft [zunächst] nachteilig ist” (AfD 2016: 33, ähnlich S. 61). Der Absatz zu Abschiebung im Parteiprogramm endet mit dem Appell, Fluchtursachen müssten beseitigt werden. Beispielfähig bezieht sich die AfD auf einen “Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika”, um nicht die lokalen Märkte zu ruinieren, den “Export von Waffen, Altkleidern, Giftmüll und andere westliche Abfallprodukte sowie für die EU-Fischerei vor den afrikanischen Küsten” (AfD 2016: 61).

Abgesehen vom letzten Zitat, sind nach dem untersuchten Material rechtspopulistische Parteien also in puncto Entwicklung armer Länder primär auf den eigenen Vorteil bedacht und bewerten MigrantInnen überwiegend als Wirtschaftssubjekte (tendenziell -objekte) oder deren Länder als Standort von Ressourcen oder Faktor geopolitischer Macht.

Übersicht: Positionen der Parteien zu Entwicklung(shilfe) bzw. das Verhältnis zu Herkunftsländern von Migration

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund der Begrenztheit der Mittel, Konzentration auf Projekte, die das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbstständig weiterführen können. • Entwicklungshilfe in die außenpolitische Gesamtstrategie einordnen, Eingliederung in Auswärtiges Amt und ‘Straffung’ von Entwicklungshilfe-Organisationen. • “Hilfe zur Selbsthilfe” möglichst durch “Unternehmer vor Ort”. • “Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist.” 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Kooperation v.a. mit afrikanischen Staaten. Direkte Interaktion mit Regierungen v.a. von Herkunftsländern von Migration mit französischen Behörden. • Französischen Einfluss in Afrika v.a. gegenüber mittlerweile dort agierenden Schwellenländern (China, Brasilien, Indien, Russland) absichern. Einfluss in Asien ausweiten. • Wirtschaftliche Entwicklung und Reindustrialisierung französischer Überseegebiete. • Hilfe, wenn Umweltschäden Flucht und Migration auslösen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungshilfeausgaben sind zu hoch und werden größtenteils verschwendet. • Vorrang von Briten. Migration kontrollieren und einschränken. • MigrantInnen aufnehmen, wenn deren Fähigkeiten benötigt werden. 	<p>“Grundprinzip österreichischer Entwicklungshilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert Freiheit und Verantwortung und begegnet Krisensituationen und Flüchtlingsströmen” (2011: 16).</p>

3. Die Verteilung von Mitteln zwischen und innerhalb von Gesellschaften

Rechtspopulistische Parteien präsentieren sich als VertreterInnen des Volkes, der fleißigen kleinen Leute und der Mittelschicht. Inwiefern decken sich ihre Vorstellung von Steuer- und Wirtschaftspolitik mit diesem Image? Wie sollen Gelder und Ressourcen zwischen und innerhalb von Gesellschaften nach den Konzepten der RechtspopulistInnen verteilt werden?

In puncto zwischenstaatlicher Verteilung von Mitteln wollen die vier untersuchten Parteien zunächst politisch vereinbarte Zahlungen oder Haftungen an internationale Institutionen einstellen, und zwar Zahlungen in das EU-Budget (FN, UKIP), an ausländische Banken (AfD) oder ‘Pleitestaaten’ (FPÖ). Die FN sieht Frankreich doppelt bestraft, weil das Land gleichzeitig in das EU-Budget einzahlt, durch die Liberalisierungspolitik und Geldpolitik der EZB aber gegenüber Staaten wie Deutschland benachteiligt ist. Die europäische Währungsunion habe im Sinne einer ‘ultraliberalen Ideologie’ Kurse fixiert, die zunächst zu einer Überbewertung des Franc, unfairer Konkurrenz und der Vernichtung von Industriearbeitsplätzen in Frankreich geführt haben. Später habe die Geldpolitik desaströse Folgen für Südeuropa gehabt; seit der Einführung des Euro sei Deutschland das einzige Land der Eurozone, das seine Handelsbilanz verbessern konnte (FN 2012: 48). Entgegengesetzt argumentieren die AfD und die FPÖ, wenn die Parteien das Eingreifen der EZB in Märkte kritisieren, das verschuldete Staaten (inklusive die eigenen) zu wenig zum Sparen zwingt oder Sparer durch Niedrigzinsen ‘enteigne’ (AfD 2016: 16-22; FPÖ 2015: 20-21). Zusätzlich zur Abwicklung des Euro bzw. zum EU-Austritt, wollen die FN und die UKIP der eigenen Wirtschaft das Aufholen durch protektionistische Maßnahmen ermöglichen, d.h. durch Importsteuern und ‘U.K. First’-Zugänge, d.h. der vorrangigen Berücksichtigung heimischer AnbieterInnen.

Übersicht: Positionen der Parteien zur Verteilung von Mitteln in außenwirtschaftlicher Perspektive

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
Außenpolitisch/-wirtschaftlich:			
<ul style="list-style-type: none"> • Weniger Mittel für zwischenstaatliche Transfers (v.a. in der EU). Keine Gelder für ausländische Banken. • Internationaler Wettbewerb. • Abstand nehmen von 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Einzahlungen ins EU-Budget • Rückkehr zur eigenen Währung und aktive Geldpolitik durch französische Nationalbank. • Informationsbezogene Geldpolitik hat Indus- 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Einzahlungen ins EU-Budget. • Money for local services, not the EU, for foreign aid and foreign wars. • “U.K. first” bei Vergabe, aber internationaler 	<ul style="list-style-type: none"> • Weniger Mittel für ‘Pleitestaaten’. Kritik an Klientelpolitik für Großkonzerne und Großbanken (rücken später von Bankenabgaben ab). • Kritik an Niedrigzins-

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
marktverzerrenden Politiken im Ausland (z.B. Agrarsubventionen). • Evtl. Austritt aus der EU und Euro (nach Volksabstimmung) und Neugründung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.	triearbeitsplätze in Frankreich vernichtet und ist der Volkswirtschaft nicht angepasst. (FN 2012: 47-49) • Importsteuern; • höhere Besteuerung multinationaler Unternehmen, von Lebensmittelketten und Großbanken.	Wettbewerb in Bereichen, wo britische Wirtschaft wettbewerbsfähig ist.	politik der EZB. Billiges Geld führt dazu, das AT zu wenig sparen muss und Reformen aufschiebt.

Vorschläge zur Verteilung von Mitteln innerhalb der eigenen Gesellschaft zeigen, dass die Parteien zwar Forderungen erheben, die Teilen der unteren und mittleren Gesellschaftsklassen entgegen kommen. Andere geplante Maßnahmen würden sich aber finanziell schädlich für untere Teile der Gesellschaft auswirken oder Vermögende und Unternehmen begünstigen. Alle Parteien sprechen sich für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs) aus und fordern dafür Steuersenkungen. Die technischen Angaben sind jedoch größtenteils vage, so dass unklar ist, ob die Steuersenkungen und Förderungen zielgenau wie intendiert wirken. Realwirtschaftliche Unternehmen sollen – so die auf Marktkräften liegenden Hoffnungen – Wachstum bringen und darüber die Steuersenkungen kompensieren.

Öffentliche Verwaltung und Planung werden von der AfD, der FPÖ und der UKIP mit einer Wirtschaftsweise in Verbindung gebracht, die Unternehmen behindert. Firmen, die in der Vergangenheit unwirtschaftlich oder gesellschaftlich schädlich tätig waren, werden als Großunternehmen oder Monopolhalter eingestuft. Die rechtspopulistischen Parteien konstruieren Verbindungen zwischen diesen als gesellschaftlich schädlich und von Spekulation getrieben eingestuften Unternehmen und zwischen der etablierten Politik und/oder der Verwaltung. In der Konsequenz zielen die Vorschläge der AfD, der FPÖ und der UKIP auf Einsparungen in Politik und Verwaltung ab, bzw. auf eine Expertokratie, z.B. eine Selbstverwaltung der Justiz (AfD 2016: 25). Alle Parteien setzen zudem auf steuerliche Begünstigungen für einheimischer Familien, deren Förderung demografisch und kulturell begründet und gegen Zuwanderung ins Feld geführt wird.

Konsens ist die Kürzung von Leistungen für Benachteiligte oder Randgruppen. Neben einer Verringerung von Einwanderung (oder einer qualitativen Auswahl 'ökonomisch nützlicher' Einwanderer) sollen diese erst nach Gegenleistungen Zugriff auf Sozialleistungen erhalten

(Position aller Parteien) und nachrangigen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Wohnungen (UKIP 2016c: 9; FPÖ 2011: 6). Auch aus gesellschaftspolitischen Gründen sollen fernere Programme zur Gleichberechtigung von Frauen gekürzt werden, neben Maßnahmen zur Förderung von Diversity bzw. dem Schutz von Minderheiten wie Homosexuellen. Die AfD und FPÖ schreiben Verschuldeten die Schuld an der eigenen Lage zu und wenden sich gegen eine Politik, die für Kooperation oder Ausgleich steht – das würde falsche Anreize setzen. Folglich sieht die AfD keine Hilfe für überschuldete Kommunen und Länder vor und strebt eine Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs zugunsten reicher Länder an (AfD 2016: 76). Einsparungen sollen bei AfD und UKIP auch auf Kosten von Umweltschutzmaßnahmen gehen. Während die AfD die Begründung für einen Rückzug aus der Klimaschutzpolitik und weitere Umweltschutzmaßnahmen aus kruden Verschwörungstheorien ableitet und die Einführung von Fracking und die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken abwägt (AfD 2016: 79-83), sieht die UKIP Umweltpolitik als Ergebnis aufoktrozierter EU-Richtlinien (UKIP 2016a: 7). Die innergesellschaftliche soziale Bilanz der RechtspopulistInnen ist außerdem im Hinblick auf die angestrebte Rentenreform zu hinterfragen. So sehen die Vorschläge von AfD und FPÖ vor, Reformen wie Unternehmenssteuersenkungen auf Kosten von PensionistInnen gegenzufinanzieren. Beide Parteien fordern eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (AfD 2016: 42; FPÖ 2015: 34), was in der Mehrzahl der Fälle (insbesondere in Zeiten einer hohen Altersarbeitslosigkeit) gleichbedeutend ist mit einer Senkung der Rentenansprüche. Die FN kündigt im Vergleich zu den drei anderen Parteien eine Politik an, die stärker ärmeren (französischen) BürgerInnen entgegenkommt. Sie plant die Erhöhung des Mindestlohns, eine Absenkung des Renteneintrittsalters von 62 auf 60 Jahre, die Senkung der Mehrwertsteuer für Produkte der Grundversorgung und die Deckelung der Preise für öffentliche Leistungen (Bahn, Gas, Elektrizität) und zusätzliche Ausgaben für Veteranen. Es gibt jedoch erhebliche Zweifel, ob die anvisierten Maßnahmen ausreichend gegenfinanziert sind. Das Programm sieht dafür v.a. Einnahmen aus der Bekämpfung von Steuerbetrug, eine Importsteuer und die Selbstfinanzierung der Maßnahmen vor. Vermögen werden nicht herangezogen. Ein Ausgleich von Ungleichheiten soll nach Willen der FN stattdessen durch Bildung herbeigeführt werden – im Sinne eines “republikanischen Elitismus, der auf einer kollektiven Anspruchshaltung und individueller Anstrengung beruht³”, wohingegen die bestehende Schule Leistung vernachlässige und zu lax sei (FN 2012: 26-27).

3 Im Original: “...élitisme républicain, qui repose sur une exigence collective et sur l’effort individuel...”.

Keine der Parteien problematisiert steigende Ungleichheiten. Vermögen, Erbschaften und Eigentum werden vielmehr als Grundlage des Wirtschaftens gesehen, bzw. als Anreiz, auf Erwirtschaftetem über Generationen hinweg aufzubauen. Gerechtigkeitsfragen wie der Widerspruch zwischen Leistungsorientierung einerseits und der Schonung leistungslosen Erbes andererseits erübrigen sich in einer an Familiendynastien oder Stammesbeziehungen orientierten Denkweise. Wie die AfD geht die FPÖ nicht auf volkswirtschaftliche Dynamiken und Wachstumsschwäche ein, die aus einer durch Ungleichheit und Verschuldung schwachen Nachfrage resultieren (und zwar innerhalb der Gesellschaft und zwischen Volkswirtschaften, bspw. in der EU). Die FPÖ scheint als Vorbild des Wirtschaftens ein unterkomplexes oder vormodernes Bild der privaten Haushaltung zu verwenden. Die "natürlichen wirtschaftlichen Prozesse, durch die Wohlstand entsteht" basieren auf folgenden "einfachen Zusammenhängen der Ökonomie": 1) "Man darf nicht mehr ausgeben, als man einnimmt"; 2) "Ohne Arbeit entsteht nichts" und 3) "Ohne Sparen kann weder Kapital gebildet noch investiert werden" (FPÖ 2015: 4). Dass die Analogie zwischen Privathaushalt und Staatshaushalt irreführend ist, wurde vielfach kommentiert: Ausgaben können auch den Charakter von Investitionen haben und setzen komplexe Finanzflüsse und Wechselwirkungen in Gang, Staaten können Steuern gezielt erheben und damit Nachfrage beeinflussen (und nicht nur das Angebot). Staaten sind für BürgerInnen verantwortlich, können durch Macht und erfolgreiche Politiken Vertrauen gegenüber Gläubigern schaffen, demokratische durch Ungleichheit bestehende Defizite ausgleichen und Politik gestalten u.v.m. Unterkomplex wie die Analogie des Privathaushalts ist auch die Auffassung, in politisch und ökonomisch vernetzten Systemen sei eine Abschottung zu Gunsten der einen Volkswirtschaft eine Lösung, wenn mögliche Reaktionen der politischen und wirtschaftlichen PartnerInnen bzw. Kontrahenten ausgeblendet werden.

Unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen und damit verbundene Ungerechtigkeiten werden nicht reflektiert, bzw. nur in Verweisen auf eine Förderung der Leistungswilligen aufgegriffen. Letztere werden in der Darstellung rechtspopulistischer Parteien nicht durch volkswirtschaftliche Dynamiken und ungünstige ökonomische Rahmenbedingungen an ihrer Entfaltung gehindert, sondern durch Politik, Bürokratie, Monopole und moralisch-kulturelle Eigenschaften, bzw. laut AfD durch ein "politisches Kartell das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat" (AfD 2016: 8). Die FPÖ, die UKIP und die AfD setzen Wirtschaft mit einer natürlichen Ordnung gleich, die

durch die Basis des Volks wieder eingesetzt werden soll. So ist es wenig erstaunlich, dass die Parteien sich auf formale politische Formen von Basisdemokratie berufen, Wirtschaftsdemokratie jedoch unberücksichtigt lassen.

Übersicht: Positionen der Parteien zur Verteilung von Mitteln innerhalb der Gesellschaft

AfD	Front National	UKIP	FPÖ
Innenpolitisch			
<p>Steuer und Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Stufenenttarifs (ohne Angaben, was damit gemeint ist), über den Abschaffung der kalten Progression erreicht werden soll. Keine Angaben zu Spitzensteuersätzen oder Gewinnsteuern. • Abschaffung von Erbschafts- und Vermögenssteuern (gegen 'Substanzsteuern'). • Reform der Gewerbesteuer. • Verlängerte Lebensarbeitszeit (= Rentenkürzung). • Keine Hilfe für überschuldete Kommunen und Länder. Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs zugunsten reicher Länder. • Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung (gegen Behörden und PolitikerInnen). <p>Bevorteilte Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bevorzugte Behandlung von Einheimischen, Familien und Hausfrauen und Vermögenden. <p>Benachteiligte Gruppen / Gegenfinanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • RentnerInnen (Anhebung des Renteneintrittsalters), Einwande- 	<p>Steuer und Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anhebung des Mindestlohns um 200 Euro auf 1500 Euro (73). • Steuerliche Bevorzugung kleiner und mittlerer Unternehmen (Steuersatz nach Umsatz gestaffelt). • Absenkung des Rentenalters auf 60 (derzeit 62); • Senkung der MwSt. für Produkte der Grundversorgung und Deckelung der Preise für öffentlicher Leistungen (Bahn, Gas, Elektrizität). <p>Bevorteilte Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • RentnerInnen, NiedrigverdienerInnen, KonsumentInnen (Grundversorgung), KMU. • Zusätzliche Ausgaben für Veteranen, Verteidigung / Militär, Justiz, mehr Gefängnisplätze, Polizei, Familien und Hausfrauen/-männer. <p>Benachteiligte Gruppen / Gegenfinanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einwanderer: Einschränkung von Einwanderung, Kürzung von Sozialleistungen und Einschränkung des Zugang zu öffentlichen Leistungen. • Multinationale Unternehmen, große Lebensmittelhändler und Großbanken, Import- 	<p>Steuer und Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wenig Angaben zu einem umfassenden Steuer- und Wirtschaftskonzept. • Senkung von Steuern und Abgaben für lokale und kleine Unternehmen (nicht genauer ausgeführt) und teilweise Senkung von Einkommensteuern. • 30-Minuten Gratis-Parken zur Förderung des lokalen Handels, keine Maut und ähnliche Einzelforderungen. • Sparpolitik. <p>Bevorteilte Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • "Local people and veterans first." • Förderung von UnternehmerInnen und Start-Ups, Londoner Finanzindustrie, Polizei (mehr "Sicherheit"). <p>Benachteiligte Gruppen / Gegenfinanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kürzung bei öffentlichen Programmen und Organisationen. • Aussetzung von Umweltschutzmaßnahmen. • Großunternehmen und Großbanken (gleichzeitig Förderung der Londoner Finanzindustrie). <p>Verteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umverteilung innerhalb der Gesellschaft wird 	<p>Steuer und Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuersenkungen für Einkommen bis 80.000 Euro. Zeitlich befristet Steuersatz von 55% für Einkommen >120.000 Euro (derzeit 50%). • Maßnahmen gegen Steuerbetrug. • Keine Erbschaftssteuern. Vermögensteuern nur anlassbezogen auf Landesebene. • Anhebung des Pensionsalters. • Senkung von Sozialversicherungsabgaben auf niedrige Einkommen. • Starthilfen und Steuererleichterungen für Startups. • Unternehmensteuern: Steuerfreiheit für Gewinne, die im Betrieb bleiben, Abschaffung von Mindest-KöSt, Investitionsbegünstigung, Änderungen bei privaten Unternehmensbeteiligungen (FPÖ 2010). • Gleichwertigkeit von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen (FPÖ 2011: 10). Gleichzeitig Abschaffung der Kapitalertragssteuer, wenn Zinsen unter Inflationsrate liegen (FPÖ 2015: 20f). • Steuervorteile für Autofahrer.

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
<p>rer (Sozialleistungen erst nach vier Jahren sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung), Umwelt und insbesondere Klimaschutz, Frauen.</p> <p>Verteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umverteilung innerhalb der Gesellschaft nicht erwünscht. 	<p>steuer, Kapital (Besteuerung).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entschuldung durch nationale Geldpolitik der reinstalleden französischen Nationalbank, Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Importzölle, Sparpolitik. <p>Verteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umverteilung innerhalb der Gesellschaft wird nicht systematisch thematisiert. Erbschaften oder Vermögen werden nur geringfügig herangezogen, bzw. geschont. • Chancengleichheit durch Bildung, im Sinne von “<i>élitisme républicain, qui repose sur une exigence collective et sur l’effort individuel</i>” statt Vernachlässigung von Leistung. 	<p>nicht systematisch thematisiert. Keine Erbschafts- oder Vermögenssteuern.</p>	<p>Bevorzugte Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermögende, Familien und Hausfrauen, KMUs, Personen mit bis zu 80.000 Euro Jahreseinkommen und prekäre Selbstständige, Sparer und Banken, Autofahrer. <p>Benachteiligte Gruppen / Gegenfinanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weniger Mittel für Einwanderer (Zugang zu Gesundheitsleistungen und Wohnungen, Ausweisungen, Beschränkung der Einreise), Rentner (Anhebung des Pensionsalters), Frauen und Homosexuelle (FPÖ 2011: 6-8, 13). • Ausgabenkürzungen (v.a. Staats- und Verwaltungsreform, insbesondere in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Verwaltung, Förderungen und Subventionen). • Maßnahmen gegen Steuerbetrug, • ‘Reform finanziert sich selbst’. <p>Verteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umverteilung innerhalb der Gesellschaft wird nicht systematisch thematisiert oder abgelehnt (“Schutz des Privateigentums”).

4. Für Wettbewerb – aber nur, wenn er eigenen Interessen dient

In Bezug auf Entwicklungshilfe könnte eingewendet werden, jeder Staat solle sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern. Dabei werden jedoch u.a. wirtschaftliche Interaktionen ausgeblendet: Wirtschaften sind nicht autark, sondern abhängig von Beziehungen und Interaktionen. Die AkteurInnen haben unterschiedliche Vorstellungen vom Nutzen von Kooperation und/oder Wettbewerb, oder schieben diese vor.

Grundsätzlich bekennen sich alle untersuchten Parteien zu Wettbewerb und Märkten. Bezogen auf Steuern unterstreichen die AfD, die UKIP und die FPÖ, dass sie Steuerwettbewerb als Mittel der Effizienzsteigerung befürworten. Die AfD ist gegen eine Verlagerung von Steuerkompetenzen auf die europäische Ebene und – ähnlich wie die FPÖ und UKIP – für eine Ausweitung von Steuerwettbewerb auf die untergeordneten Ebenen der Länder oder Kommunen – mit der Hoffnung auf eine Steigerung von Effizienz. Die FPÖ beklagt sogar das niedrige, durch die EZB gesetzte, Zinsniveau, durch das zu wenig Leidensdruck entstehe, “längst überfällige Reformen im eigenen Land einzuleiten” (FPÖ 2015: 20).

Die UKIP und FPÖ sind gegen *Steuerbetrug*, aber nicht gegen *Steuerwettbewerb*, während die AfD auch Maßnahmen vorschlägt, die Steuerbetrug wieder vereinfachen (s.1). AfD, UKIP und FPÖ ordnen Wettbewerb der politischen Steuerung im Normalfall über. So nimmt die FPÖ an, dass “niedrige Steuern und Leistungsanreize ... Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt” und “Subventionen und Umverteilung vorzuziehen” seien⁴ (FPÖ 2011: 10). Im Hinblick auf Subventionen beziehende potentielle WählerInnen wie den ‘gesunden Bauernstand’ lehnt die FPÖ die Bezuschussung ab und sieht die Schuld bei preisverzerrenden ‘monopolorientierten Agrarkonzernen’. Die Partei fordert die Einführung ‘fairer Preise’ im Agrarsektor, ohne jedoch zu erläutern, wie diese Forderung realisiert werden soll (FPÖ 2011: 11). Trotz der Überordnung des Wettbewerbsprinzips im Steuerbereich und der Intention, Märkte von ‘Bürokratie zu befreien’, äußern sich alle Parteien kritisch zu Privatisierungen, und nehmen die Daseinsvorsorge und natürliche Monopole von Märkten aus. AfD, FPÖ und UKIP bevorzugen Märkte vor Planung, distanzieren sich aber in symbolischen Fällen von der Privatisierung öffentlicher Leistungen, etwa der Bundesforste (FPÖ 2010: 10), der Gesundheitsversorgung im Rahmen des TTIP, von Fähren oder der Wasserversorgung (UKIP 2016c: 11, 26, 27). Sie wollen die Entscheidungen über Bürgerentscheide delegieren und keine geheimen Privatisierungsverträge akzeptieren (AfD 2016: 69). Die Parteien kündigen außerdem in öffentlich skandalisierten Fällen die Regulierung marktformigen Verhaltens an. Beispielsweise will die AfD Kinderspielzeug stärker auf Chemikalien prüfen lassen oder die Veröffentlichung von Produkttests bei Verdacht auf geplante Obsoleszenz veranlassen (AfD 2016: 71). Alle Parteien loben den Unternehmergeist von KMUs als Gegenspieler zu großen monopolartigen Unternehmen und Spekulanten.

4 Diese Aussage ist wenig plausibel, wenn die niedrige Steuerquote von Entwicklungsländern mit der höheren der OECD-Staaten verglichen wird.

Die Position der FN geht hinsichtlich der Infragestellung von Märkten weiter als die der anderen rechtspopulistischen Parteien. Die Partei kritisiert (wie die anderen) die Behinderung von Marktkräften durch Bürokratie. Sie klagt aber zugleich über das durch europäische Institutionen eingeführte ‘Dogma der freien unverfälschten Konkurrenz’, das einen Rückschritt zum ‘Gesetz des Dschungels’ darstelle. Die EU erlaube keine Politik der Reindustrialisierung, die ein Aufholen zum ‘hyper-wettbewerbsfähigen’ Deutschland ermöglichen würde (FN 2012: 65). Die FN erwägt außerdem die Rücknahme von Liberalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge (FN 2012: 21), Eingriffe in Preise im Bereich der Grundversorgung (FN 2012: 78), protektionistische Maßnahmen gegen unfaire Konkurrenz durch Staaten mit niedrigen Standards wie China (FN 2012: 65), Importsteuern oder ein Gesetz, das öffentlichen Körperschaften vorschreibt, französische Produkte und Dienstleistungen zu kaufen: das *Loi Achetons français* (FN 2012: 30, 56, 61, 66). Trotz ihres Bekenntnisses zu Märkten und Wettbewerb tritt auch die UKIP unter dem Schlagwort *U.K. first* ‘für den Vorrang lokaler Firmen oder Beschäftigter bei der öffentlichen Beschaffung ein, und wendet sich gegen die marktkonforme Haltung der EU, die derartiges verbietet (UKIP 2016c: 9; UKIP 2016b: 18).

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen den Positionen besteht darin, dass der Zugang zu gemeinschaftlich organisierten Leistungen wie Gesundheit, Wohnung, Sozialleistungen etc. – Bereiche in denen Markt und Wettbewerb entschärft sind – primär Einheimischen vorbehalten werden soll. ZuwandererInnen und als wenig leistungsfähig eingestufte Gruppen sollen nur noch einen erschwerten Zugang (oder keinen) erhalten. Selbst im Hinblick auf Zuwanderung haben die Parteien eine auf Konkurrenz fokussierte Sicht auf die Welt. Laut AfD stehe Deutschland “mit anderen Hochtechnologienationen in einer Konkurrenz um die Gewinnung wirklich qualifizierter Zuwanderer” (AfD 2016: 62). Wettbewerb scheint also insgesamt erwünscht, wenn er dem eigenen Vorteil dient. So beklagt sich die UKIP über internationale Großbanken, will aber Londons Stellung als “economic, financial and business capital of the world” ausbauen (UKIP 2016b).

Übersicht: Positionen der Parteien zu Steuerwettbewerb und Wettbewerb

AfD	Front National	UKIP	FPÖ
<ul style="list-style-type: none"> • Pro Wettbewerb und internationalen Steuerwettbewerb. • Gegen Steuererhebungsrecht EU. • Verlagerung von Steuerkompetenzen auf die kommunale Ebene (“Gestaltungsrechte bei Bestimmung von Steuergegenstand und der Steuererhebung”) → inländischer Steuerwettbewerb. • Märkte von ‘Bürokratie befreien’. • Westliche Praktiken, die Wettbewerb/Märkte in Herkunftsländern (z.B. subventionierte Agrarexporte) verzerren sind einzustellen. • Deutschland steht mit anderen Hochtechnologienationen in einer Konkurrenz um die Gewinnung wirklich qualifizierter Zuwanderer. Dafür neue rechtliche Möglichkeiten schaffen. (AfD 2016: 62). • Kein (bzw. regulierter) Wettbewerb: Daseinsvorsorge. • Vorrang von Einheimischen vor (‘illegalen’) Einwanderern beim Zugang zu Sozialleistungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik am Dogma der ‘freien unverfälschten Konkurrenz’ → ‘Gesetz des Dschungels’⁵. • EU erlaubt F keine Politik der Reindustrialisierung, die ein Aufholen zum ‘hyperwettbewerbsfähigen’ D ermöglicht. Europäische Verträge dahingehend neu verhandeln (FN 2012: 65). • Kritik an der Überordnung von Wettbewerb über Politik, andererseits Kritik an markthemmenden Politiken. • Liberalisierung öffentlicher Leistungen soll sich nicht dogmatisch am Wettbewerb orientieren. Kommunalisierung der Wasserversorgung (FN 2012: 21), Eingriffe in Preise für Grundversorgung (FN 2012: 78). • Protektionistische Maßnahmen gegen unfaire Konkurrenz gegenüber Staaten mit niedrigen Standards wie China (FN 2012: 65). • Gesetz ‘Französisch Kaufen’ (<i>Achetons français</i>) für öffentliche Einrichtungen bezogen auf Handwerk, Industrieprodukte und Landwirtschaft (FN 2012: 66). • Vorrang von Einheimischen vor (‘illegalen’) Einwanderern beim Zugang zu Grundversorgung (z.B. Wohnungen, Sozialleistungen). 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerwettbewerb und Wettbewerb zwischen Landesteilen zur Steigerung der Effizienz. • Ausbau von Londons wettbewerbsfähiger Stellung: “The exciting, competitive, successful London that UKIP will deliver will enhance London’s position as the economic, financial and business capital of the world.” • Vorrang von lokalen AnbieterInnen und Beschäftigten (UKIP’s ‘Scottish and U.K. First’ procurement policy) (UKIP 2016c: 9). • Vorrang von Einheimischen vor (‘illegalen’) Einwanderern beim Zugang zu Grundversorgung (z.B. bei Wohnungen und Sozialleistungen). 	<ul style="list-style-type: none"> • “Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung” • Steuerwettbewerb im Inland erhöhen. Steuerwettbewerb zwischen Ländern zur Steigerung der Effizienz und Senkung der Abgabenquote nach Vorbild der Schweiz. • ‘Natürlicher’ Markt über Steuerung: “Niedrige Steuern und Leistungsanreize sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt. Sie sind Subventionen und Umverteilung vorzuziehen”. • Faire Preise in der Landwirtschaft statt ‘monopolorientierter Agrarkonzerne’ und Subventionen (FPÖ 2011: 11). • Durch Niedrigzinsen der EZB hat Österreich “wenig Anreiz oder Leidensdruck, längst überfällige Reformen im eigenen Land einzuleiten” (FPÖ 2015: 20).

5 Im Original: “En particulier, une renégociation des traités européens mettra fin au dogme de « la concurrence libre et non faussée », qui promet en réalité la loi de la jungle” (Front National 2012: 65).

5. Die Steuerquote und die Rolle des Staates

Rechtspopulistische Parteien werden häufig mit dem *starken Staat* in Verbindung gebracht, und tatsächlich benutzen die AfD, die FN und die FPÖ diesen als Leitbegriff. Alle Parteien relativieren die Forderung nach dem starken Staat jedoch. Das Ziel der AfD sei ein “schlanker, aber starker Staat” (AfD 2016: 69), verstanden als Staat, der sich “auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung” konzentriere und sich nicht (wie derzeit) verzettele (AfD 2016: 9). Der Staat solle Bedingungen schaffen, die ‘freien Wettbewerb’ ermöglichen und nur bei Monopolbildung (etwa in der Daseinsvorsorge) eingreifen (AfD 2016: 69). Die FPÖ unterstreicht, der Staat habe “seine Aufgaben auf ein vernünftiges Maß einzuschränken”. Wohlstand entstehe in ‘natürlichen wirtschaftlichen Prozessen’; die Abgabenquote müsse sinken. Ähnlich wie die AfD propagiert die FPÖ das Bild des Nachtwächterstaats, der niedrige Steuern erheben und sparsam mit öffentlichen Mitteln umgehen soll, da marktbasierende Leistungsanreize zu besseren Ergebnissen führen als “Subventionen und Umverteilung”. Die Partei hofft, dass Steuersenkungen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Pensionisten “die Wirtschaft zum Blühen bringen” (FPÖ 2011: 10).

Die UKIP definiert sich als demokratische und libertaristische Partei, deren Ziel es ist, den Einfluss des Staates zu verringern. Dazu gehört die Reduzierung der Besteuerung von Privatpersonen und Unternehmen (UKIP 2012); Steuern sollten so niedrig wie möglich gehalten und Gelder der SteuerzahlerInnen möglichst gespart werden (UKIP 2016a). Es sollen vor allem diejenigen gefördert werden, die in eigener Initiative ihre persönliche Situation verbessern, und zwar indem die Politik die richtigen Anreize setzt. Daneben sollen Hilfen an “wirklich Bedürftige” ausbezahlt werden (UKIP 2012). Auch die UKIP geht davon aus, dass sich die Wirtschaft am besten entwickelt, wenn Unternehmen so wenig wie möglich durch Regierungshandeln beeinträchtigt werden. Daher werde sich die Partei gegen jegliche Gesetzgebung oder gegen Behörden wenden, die Einfluss auf Preisbildung oder Betriebe nehmen wollen, solange Marktkräfte ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellen (UKIP 2016: 7). Auf der gleichen Seite des Manifests fordert die Partei die Rettung der Institution des Schottischen Pubs durch Rücknahme von Regulierungen – in dem Fall das Rauchverbot und die Promillegrenze (UKIP 2016: 7). Die Konzepte des Staates und einer optimalen Volkswirtschaft scheinen von Adam Smiths im 18. Jahrhundert entworfener Idee der “unsichtbaren

Hand des Marktes” abgeleitet, nach der eigennütziges Verhalten von Individuen gesamtgesellschaftlich optimale Effekte ergibt (Smith 2009 [1776]).

Die FN vertritt am ehesten das Leitbild des starken Staates in seiner landläufig verstandenen Bedeutung. Die Partei beschreibt ihn als Staat, der seine Autorität den Mächten des Geldes ebenso aufzwingen könne, wie kommunitaristischen Verbindungen (in dem Kontext i.d.R. religiöse, d.V.) oder lokalen Formen von Feudalherrschaft (FN 2012: 5). Der Definition geht jedoch eine Kritik an der hohen Staatsquote und fehlenden Sparmaßnahmen voraus. Im folgenden wird der *starke* als *freier* Staat bezeichnet, dessen Recht dem europäischen übergeordnet sein soll. Wie die FPÖ, beruft sich die FN auf republikanische Prinzipien, die sie in der Wiedereinsetzung des Gleichheits- und Leistungsprinzips verortet (FN 2012: 6). Der starke Staat solle unabhängiger vom Ausland werden, in dem Fall über eine Politik der Reindustrialisierung. Außerdem solle er der einheimischen Bevölkerung eine Grundversorgung garantieren und aktive Wirtschaftspolitik betreiben, die eine Förderung des Unternehmerischen beinhaltet (FN 2012: 6-7).

Übersicht: Positionen der Parteien zur Rolle des Staates und der Steuerquote

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Schlanker Staat: “Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.” (AfD 2016: 9) • AfD legt ihren “politischen Schwerpunkt auf folgende Standortbedingungen: öffentliche Sicherheit und bessere Infrastruktur. Unser Ziel ist ein schlanker, aber starker Staat”. (AfD 2016: 69) • Freier Wettbewerb, staatliches eingreifen nur bei Monopolbildung. • Jenseits der Daseinsvorsorge darf der Staat nur in Ausnahmefällen 	<ul style="list-style-type: none"> • Leitbild: “ ...un Etat fort capable d’imposer son autorité aux puissances d’argent, aux communitarismes et aux féodalités locales ”. • Französisches Recht vor internationalem Recht und europäischem. • État républicain; Rétablissement du principe d’égalité et de méritocratie (Bildung). • Unabhängiger vom Ausland durch Reindustrialisierung. • Förderung des Unternehmerischen und der Industrialisierung. • Stark gegenüber der Finanzwirtschaft und der Spekulation. • Garantie der Grundversorgung. 	<ul style="list-style-type: none"> • The Party is a democratic, libertarian Party and will espouse policies which: <ul style="list-style-type: none"> • promote and encourage those who aspire to improve their personal situation and those who seek to be self-reliant, whilst providing protection for those genuinely in need; • ... • seek to diminish the role of the State; • lower the burden of taxation on individuals and businesses. • We believe that the economy performs at its best when businesses are left to conduct trade free from government interference. Therefore, we will oppose any legislation or committees that seek to define eco- 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohlstand entsteht durch ‘natürliche wirtschaftliche Prozesse’. Ein starker und anerkannter Staat befindet sich in einer ‘volkswirtschaftlich gesunden Situation’ und ‘belastet seine Bürger möglichst wenig’. (FPÖ 2015: 6) • Staat hat “seine Aufgaben auf ein vernünftiges Maß einzuschränken”. • “Niedrige Steuern und Leistungsanreize sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt. Sie sind Subventionen und Umverteilung vorzuziehen.” (FPÖ 2011: 10) • Effektive Verwaltung, sparsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln.

<i>AfD</i>	<i>Front National</i>	<i>UKIP</i>	<i>FPÖ</i>
unternehmerisch tätig sein. Aber keine Privatisierung gegen den Willen von Bürgern (AfD 2016: 69).		conomic value, set price or force the sale of free holdings as long as market forces allow for the elasticity of demand and supply.	

Insgesamt betrachtet ist in der Konzeption der RechtspopulistInnen *Marktsteuerung* der *politischen Steuerung* in der Regel überlegen. Wenn Märkte nicht funktionieren, liegen die Fehler in ‘falschen’ Anreizstrukturen oder der Abzweigung von Mitteln durch den Staat – etwa für Sozial- oder Umweltpolitik. Die Mittel fehlen, um die Wirtschaft für die internationale und nationale Konkurrenz zu rüsten wenn sie für nicht-wirtschaftliche Zwecke verwendet werden – so das wettbewerbs- und konkurrenzorientierte Denken der RechtspopulistInnen.

De facto entspricht die Konzeption also nicht einem *starken*, sondern einem *halbstarken* Staat: Ein Staat, der zu schwach ist um Vermögen zu mobilisieren, das für politische Ziele eingesetzt wird oder die kritisierte Wirtschaftsweise zu verändern. Stattdessen betreibt der halbstarke Staat die Ausgrenzung von Gruppen, denen der Zugriff auf Ressourcen zugunsten der inneren Gruppe vorenthalten wird, die mit der Entstehung von Krisen aber wenig zu tun haben. Der Staat ist zu schwach, um für Alle verträgliche, auf Kooperation setzende Lösungen zu finden und kümmert sich zunächst um die zentrale Klientel. Die RechtspopulistInnen nehmen damit eine ähnliche Haltung ein, wie die von ihnen kritisierten Eliten. De facto haben VertreterInnen der FPÖ gegen Reformen zur Verbesserung der Lage unterer und mittlerer Bevölkerungsteile gestimmt, bzw. gegen eine Einschränkung von Vorteilen von Reichen und (Finanz-)Unternehmen, oder sich dementsprechend geäußert. Die FPÖ war beispielsweise gegen die Erhöhung der Bankenabgabe, eine Begrenzung von Luxuspensionen, die Streichung von Steuerprivilegien für Konzerne und Manager, die Senkung der Maklergebühren, eine Reichensteuer, eine Änderung der Stiftungsgesetze oder die Einführung von Informationsaustausch zur Bekämpfung von Steuerflucht. Sie stimmte ferner gegen die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit auf dem bestehenden finanziellen Niveau, gegen Überbrückungsgeld für Bauarbeiter, ein Paket gegen Lohn- und Sozialdumping u.v.m. RechtspopulistInnen sichern sich dabei allerdings die Unterstützung noch nicht ausgegrenzter, aber von Abstieg bedrohten Teilen der Bevölkerung.

6. Vom halbstarren zum autoritären Staat?

In seinem Werk *Die Große Transformation* beschreibt Karl Polanyi (2011 [1944]), wie eine international verflochtene Weltwirtschaft durch die unzureichende politische Regulierung von Märkten in die Krise kommt, und wie sich Bündnisse von Konservativen und Nationalisten bilden. Letztere stellen sich sozialdemokratischen und sozialistischen Lösungen entgegen, die kooperative und solidarische Lösungen verfolgen, die allerdings eine Umverteilung zwischen Klassen oder einer stärkeren Partizipation in der Wirtschaft implizieren. Stattdessen führen die rechten Kräfte die bestehenden Wirtschaftsweisen fort und versuchen, Krisen durch protektionistische Maßnahmen zu begegnen, was wiederum Gegenreaktionen anderer Staaten auslöst, so dass die Schritte verpuffen oder sich in Konflikten entladen (Polanyi 2011 [1944]). Heute zeichnen sich Parallelen zur ersten Weltwirtschaftskrise ab, hinsichtlich steigender Verschuldung, wegbrechenden Handlungsspielräumen der Politik, bzw. wechselseitigen Abhängigkeiten von WirtschaftsakteurInnen und Politik: Unternehmen sind zunehmend auf politische Stützung angewiesen, und die Politik auf private GeldgeberInnen, wobei die gegenseitige Unterstützung auf Kosten weniger organisierter und mächtiger Teile der Bevölkerung erfolgt (Goldscheid 1976 [1917]). Nach Max Weber kommt es in Situationen des Wettbewerbs um ökonomische Chancen zu Prozessen, in denen eine Gruppe versucht, Mitkonkurrenten aufgrund "irgendeines äußerlich feststellbaren Merkmals" systematisch auszuschließen (Weber 2010 [1920/21]: 260-262), zu sozialer (bzw. eigentlich sozio-ökonomischer) Schließung. Wie ich oben dargelegt habe, sind Beteuerungen rechtspopulistischer Parteien, die Situation von Menschen in Entwicklungsländern verbessern zu wollen wenig glaubwürdig. Appelle an Eigenverantwortung oder die Selbstregulierung von Märkten rechtfertigen nur die Verweigerung von Beistand, solange die *Hilfe* zur Selbsthilfe ausbleibt. Auch innerhalb der Gesellschaften grenzen RechtspopulistInnen EinwandererInnen (neben anderen Randgruppen) in Prozessen der sozialen Schließung systematisch aus.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitiken der RechtspopulistInnen erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich. Während sich die AfD für internationalen Wettbewerb stark macht, treten UKIP und die FN auch für protektionistische Maßnahmen ein. Die Markt- und Staatsgläubigkeit scheint unsystematisch und selektiv. Bezogen auf den wirtschaftlichen Kontext des jeweiligen Landes haben die Forderungen jedoch eine wirtschaftliche Logik: Märkte sind dann gefragt, wenn die eigene Gruppe einen Vorteil hat – zumindest kurzfristig. So profitiert Deutschland als Exportstaat derzeit von Zugängen zu internationalen Märkten, die von der AfD idealisi-

siert werden. Die Partei erwägt hingegen keine (langfristig wirksamen) ausgleichenden Maßnahmen, wie beispielsweise Lohnerhöhungen in Deutschland, die europäischen Krisenstaaten ermöglichen würden, aufzuschließen und Erwerbstätige stärker am Erwirtschafteten beteiligen würden. Die FN protestiert gegen die deutsche 'Hyper-Wettbewerbsfähigkeit' und fordert in nationalstaatlich-wirtschaftlicher Logik Strukturpolitik (Reindustrialisierung), protektionistische Maßnahmen, die Abschaffung des Euro und die Rückkehr zu einer aktiven Geldpolitik. Die Forderung der UKIP, heimischen ProduzentInnen oder Dienstleistern Vorrang bei der Beschaffung zu geben, entspricht dem Aufholbedarf einer finanzialisierten, in der Produktion von Gütern nur bedingt wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die gleichzeitige vorgebrachte Kritik an Großbanken und die Fürsprache für die Londoner Finanzindustrie irritiert aus dem Blickwinkel des nationalstaatlichen Interesse weniger. Die FPÖ ist beispielsweise für eine angemessene Besteuerung von Kapital, aber nicht in Fällen, in denen österreichische Banken betroffen sind.

Dabei hinterfragen die Parteien nicht, ob Vermögen oder wirtschaftliche Macht in den Händen der eigenen Staatsangehörigen tatsächlich der Bevölkerung zugute kommt. Das kann damit zu tun haben, dass soziale Schließung einfacher gegenüber Randgruppen durchzusetzen ist, als gegen Etablierte und Personen, von denen WählerInnen (z.B. in Arbeitsbeziehungen) abhängen. Die Parteien erwägen keine Maßnahmen, die an der Behebung von Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften ansetzen, oder an der Kritik einer übergeordneten Marktlogik und Tendenzen der Entbettung. Die Orientierung an der Marktlogik verschärft wiederum die Fokussierung auf Konkurrenz, anstatt auf Koordination und Kooperation. Wenn jeder Staat (oder jede Region) aber lokal oder nationalstaatlich egoistische Politiken umsetzt, ist zu erwarten, dass ein unabgestimmtes und unkalkulierbares Umfeld entsteht und Planungshorizonte fehlen, und sich entweder die Stärksten durchsetzen, bzw. die am besten vernetzten, oder diejenigen, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind. Trotz libertaristischer und republikanischer Ansätze würden Steuerungsmechanismen über Märkte nur begrenzt funktionieren. Aus dem halb-starken, Märkten den Vorrang einräumenden, Staat könnte ein Staat werden, der wirtschaftliche Probleme durch autoritäre Formen der Steuerung zu lösen versucht. Welche Arten von Steuerung oder Organisation sich durchsetzen, lässt sich kaum voraussagen. Es ist möglich, dass die rechtspopulistischen Parteien sich nicht bewähren, abgewählt werden und etablierte Parteien und andere Kräfte aus Krisen lernen und einen Politikwandel angehen, der den Namen verdient. Zu befürchten ist aber auch, dass rechtspopulistische Regierungen (oder Regie-

rungsbeteiligungen) ihre Vorstellungen im Sinne einer Schocktherapie (Klein 2009) durchsetzen.

Literatur

- Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (27.10.2016).
- Bird, Richard (2012): Taxing and development; What have we learned from Fifty Years of Research? Working Paper 12 - 02. Atlanta. <http://scholarworks.gsu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1053&context=icepp> (31.05.2016).
- Carter, Alan; Cebreiro, Ana (2011): Africa's tax system: A survey. In: OECD Observer (No 284). http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/3510/Africa_s_tax_system:_A_survey.html.
- Corbacho, Ana; Ciblis, Vicente Fretes; Lora, Eduardo (Hg.) (2013): More than Revenue. Taxation as a Development Tool. Inter-American Development Bank. New York: Palgrave Macmillan.
- Dörre, Klaus (2012): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Klaus Dörre, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa und Thomas Barth (Hg.): Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1923), S. 21–86.
- FPÖ (Neuaufgabe 2010): Zukunft. Vordenken. Freiheitliches Impulsprogramm. Wirtschaft (27.10.2016).
- FPÖ-Bildungsinstitut (Präsentiert am 2015): Das freiheitliche Steuer- und Entlastungsmodell. Unter Mitarbeit von Konzeption/Redaktion/Text: NAbg. DDr. Hubert Fuchs. Wien (27.10.2016).
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst (27.10.2016).
- Front National (2012): Notre Projet. Programme Politique du Front National. <http://www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf> (27.10.2016).
- Goldscheid, R. (1976). Staatssozialismus oder Staatskapitalismus. In R. Hickel (Ed.), Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen (pp. 40–252). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Herkenrath, Mark; Longchamp, Olivier; Missbach, Andreas (2012): Steuern und Entwicklung. Wie die Steuerflucht die Entwicklung behindert – und was die Schweiz daran ändern kann. Hg. v. Erklärung von Bern / Alliance Sud. https://www.evb.ch/fileadmin/files/images/Steuern/2012_EvB_SteuernundEntwicklung_Broschuere.pdf (21.06.2016).
- IWF (2011): Revenue Mobilization in Developing Countries. <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/030811.pdf> (21.06.2016).
- Klein, N. (2009). Die Schock-Strategie. Frankfurt: Fischer.
- OECD (2016): Revenue Statistics - Comparative tables, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=REV> (21.6.2016)
- Ötsch, Silke (2016a): The Offshore Coalition, Its Tactics and Strategies. In: American Behavioral Scientist 60 (3), S. 321–339.
- Ötsch, Silke (2016b): Entwicklung versus Steuern sparen. Wie Steuerpraktiken à la Panama Gesellschaften des Nordens und des Südens unterminieren. In: WISO 39 (3), S. 91–106.

- Ötsch, Silke; Schmidt, Michaela (2016): Offshore financial centres and tax evasion in banking. In: Ismail Ertürk und Daniela Gabor (Hg.): The Routledge companion to banking regulation and reform. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge, S. 250–271.
- Polanyi, K. (2011 (1944)). The great transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (9th ed.). Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Shaxson, Nicholas (2011): Treasure Islands. Tax havens and the men who stole the world. London: Bodley Head.
- Smith, Adam (2009 (1776)). Der Wohlstand der Nationen. Frankfurt: Zweitausendeins.
- Tax Justice Network (2015): Financial Secrecy Index - 2015 Results. Hg. v. Tax Justice Network. <http://www.financialsecrecyindex.com/introduction/fsi-2015-results> (06.06.2016).
- UKIP (2012): The Constitution. http://www.ukip.org/the_constitution (27.10.2016).
- UKIP (2016a): Local Manifesto 2016. Working hard for you, all year round! <http://www.ukip.org/local2016> (27.10.2016).
- UKIP (2016b): UKIP London Manifesto 2016. <http://www.voteukipinlondon.com/> (27.10.2016).
- UKIP (2016c): UKIP Scotland MANIFESTO FOR THE SCOTTISH PARLIAMENT. SHAKE UP HOLY-ROOD. https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ukipdev/pages/3485/attachments/original/1461659197/Scotland_Manifesto.pdf?1461659197 (27.10.2016).
- Weber, Max (1921-2010). Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt: Zweitausendeins.